

Antworten der Partei **DIE LINKE. Sachsen-Anhalt** zu den Wahlprüfsteinen zur Landtagswahl 2021

1. Globales Lernen und Friedensbildung in Sachsen-Anhalt ausbauen!

- **Wie können und sollten aus Ihrer Sicht die Ressourcen für Friedensbildung in Sachsen-Anhalt strukturell ausgebaut werden?**

Friedensbildung sollte nach Ansicht von DIE LINKE in erster Linie an den Schulen verankert werden. Wir sehen es als Problem an, dass es in Sachsen-Anhalt keinen verpflichtenden Ethik-Unterricht für alle Schüler*innen gibt, in dem Fragen der Friedensbildung gemeinsam und mit außerschulischen Multiplikator*innen behandelt werden können. Fragen der Friedensbildung werden auch im Sozialkundeunterricht aufgegriffen, spätestens dann, wenn in den weiterführenden Schulen Angebote der Jugendoffiziere der Bundeswehr genutzt werden. Hier sollte es zur Pflicht werden, jeweils zeitnah auch Vertreter*innen von friedenspolitischen Verbänden und Initiativen in die Schulen einzuladen. Dafür muss es aber vom Land eine angemessene finanzielle Unterstützung geben, damit eine ausgewogene Behandlung friedenspolitischer Fragen in der Schule personell überhaupt geleistet werden kann und bereits bestehende Friedensbildungs-Projekte in der Bildungsarbeit dauerhaft gesichert werden.

- **Befürworten Sie für Sachsen-Anhalt die Einrichtung einer Servicestelle Friedensbildung ähnlich wie in anderen Bundesländern?**

Eine solche Koordinierungsstelle befürworten wir. Wir halten es dabei für wichtig, dass diese Stelle nicht in der Landesverwaltung oder in der Landesregierung verankert wird. Die handelnden Akteure in Sachsen-Anhalt sollten sich vielmehr auf einen freien Träger einigen, der die Koordinierungsaufgaben übernimmt.

- **Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Zahl der Stellen im „Eine Welt-Promotor*innen-Programm“ in Sachsen-Anhalt ab 2022 erhöht wird?**

Ja. Wichtiger ist dabei allerdings, dass zunächst die existierenden Promotor*innen-Stellen ebenso wie zusätzliche Stellen dauerhaft und auskömmlich finanziert werden. Bereits in der Vergangenheit haben wir uns immer wieder für die Ausfinanzierung der Stellen engagiert.

2. Demokratieförderung gesetzlich verankern!

- **Befürworten Sie ein Demokratieförderungsgesetz auch für das Land Sachsen-Anhalt?**

DIE LINKE sieht wachsende Gefahren für unser demokratisches Gemeinwesen und dabei auch strukturelle Defizite im öffentlichen Bereich. Ein Demokratieförderungsgesetz kann ein möglicher Baustein sein, um die Demokratie in unserem Land systematisch zu stärken und zu festigen. Es muss dabei Einfluss auf alle

Gesellschaftsbereiche genommen und ein besonderes Augenmerk auf den Ausbau politischer Bildung gelegt werden. Die Zusammenarbeit mit den etablierten und bewährten Fachverbänden und -vereinen muss dabei fest verankert und Standard werden. Entsprechende Institutionen wollen wir besser fördern, sowohl durch spezifisch ausgerichtete Landesprogramme aber auch durch mehr institutionelle Förderung.

- **Werden Sie die Mittel im Landesprogramm für Demokratie und Weltoffenheit erhöhen und bürokratische Hürden bei der Umsetzung des Förderprogramms abbauen?**

DIE LINKE hält die Bekämpfung von Antisemitismus, Rassismus, Frauenfeindlichkeit und andere Formen gruppenspezifischer Menschenfeindlichkeit für den vordringlichsten Punkt zum Schutz unserer demokratischen Verfasstheit und zum Schutze aller hier lebenden Menschen. Unsere Landtagsfraktion hat in den vergangenen Jahren in den Haushaltsberatungen des Landtages stets signifikante Aufwüchse für das Landesprogramm beantragt, aber gegen die Widerstände der Kenia-Koalition aus CDU, SPD und Bündnis90/Die Grünen nicht durchsetzen können. Für einen Aufwuchs dieser Mittel stehen wir auch weiterhin ein und werden das auch bei den kommenden Haushaltsberatungen weiter beantragen.

Auch den Abbau bürokratischer Hürden befürworten wir klar. Die liegt u.a. auch daran, dass diese Arbeit zu sehr projektgebunden und zu wenig institutionell gefördert wird. Der Prozess der Antragsstellung und die Berichtspflichten sind zu aufwändig, was zulasten der eigentlichen Kernaufgabe geht. Der sachgemäße Einsatz von öffentlichen Mitteln lässt sich auch anders prüfen. Wir wollen eine deutlich bessere institutionelle Förderung, die auch die Planungssicherheit stärkt. Und ganz klar: Die Arbeit für Demokratie und Weltoffenheit kann nicht neutral sein – Die Träger dieser wichtigen Arbeit dürfen nicht mit Verweis auf eine angebliche Neutralitätspflicht dazu genötigt werden, ihren Fokus und ihre Einschätzungen zu ändern.

- **Kennen und unterstützen Sie Projekte der kommunalen Konfliktbearbeitung sowie -beratung?**

Grundsätzlich halten wir die Idee der kommunalen Konfliktberatung für unterstützenswert. Allerdings kommt die Qualität dieser Arbeit auf ihre Ausgestaltung an: wir wollen, dass hierzu die Kompetenz des Landesnetzwerks der Migrantenorganisationen Sachsen-Anhalt e.V. sowie des Flüchtlingsrates herangezogen wird. Die LINKE hält im Übrigen befristete Projekte – wie z.B. das Kompetenzzentrum in Salzwedel – für unzureichend und sieht eine verstetigte und landesweit vernetzte kommunale Konfliktberatung, deren Arbeit kontinuierlich evaluiert wird, als notwendig und zielführend an.

3. Politisch-gesellschaftliche Teilhabe von Menschen mit Migrations- oder Fluchtgeschichte ermöglichen!

- **Wie wird Ihre Politik die sprachliche Vielfalt in unseren Bildungseinrichtungen unterstützen?**

Mehrsprachigkeit ist ein kultureller Reichtum. Die Anerkennung und die Möglichkeit zur Pflege der Herkunftssprache für Menschen mit Migrationshintergrund sind uns wichtig. In diesem Sinne setzt sich DIE LINKE für eine gleichberechtigte, pluralistische und multikulturelle Bildung an den Schulen in Sachsen-Anhalt ein.

Vorstellbar ist, dass muttersprachlicher Unterricht in den Grundschulen für mehrsprachige Kinder in Form von Ergänzungsunterricht und in den weiterführenden Schulen als offene Fremdsprachenangebote durchgeführt wird. Das setzt voraus, dass die Lehrkräfte für herkunftssprachlichen Unterricht in Sachsen-

Anhalt zum Einsatz kommen können. Bezüglich der Ausbildung und Gewinnung dieser Lehrkräfte benötigen wir Erfahrungen aus anderen Bundesländern.

- **Sieht Ihr politisches Programm Maßnahmen zur Unterstützung der sprachlichen Herausforderungen, mit denen junge Menschen mit Migrationshintergrund in ihrer Ausbildung konfrontiert sind, vor?**

Bildung, Ausbildung und Sprache sind zentrale Schlüssel einer emanzipatorischen Integration. DIE LINKE begreift Integration nicht als Ordnungspolitik, sondern als elementare Frage der gesellschaftlichen Entwicklung. Wir wollen gemeinsam mit allen relevanten Akteur*innen ein neues Integrationskonzept entwickeln. Dazu gehören auch Schulen, Hochschulen und die Träger*innen der Berufsausbildung. Sie müssen in die Lage versetzt werden, die an sie gerichtete Aufgabe der Überwindung von Sprachhindernissen zu erfüllen. Für ein umfassendes Angebot an Sprachkursen und den Ausbau von Unterstützungs- durch Beratungsangeboten für migrantische Auszubildende müssen genügend Ressourcen bereitgestellt werden.

- **Welche konkreten Schritte werden Sie angehen, um die politische Beteiligung von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte in Ihrer Partei und zukünftigen politischen Ämtern zu erhöhen?**

DIE LINKE besetzt schon seit langer Zeit ihre Gremien und Wahllisten konsequent geschlechterparitätisch. Analog zu diesem Umgang mit struktureller Benachteiligung müssen wir auch bei Migrant*innen unsere Anstrengungen verstärken. Es sind dabei komplexere Maßnahmen erforderlich, um mehr intersektionell diskriminierten Menschen eine faire (partei-)politische Teilhabe zu ermöglichen. Zurzeit arbeitet DIE LINKE im Bund an einem Diversity-Konzept für die Partei, um die Teilhabe insbesondere von People of Color und Migrant*innen zu erhöhen.

4. Antidiskriminierung und Mobbingprävention an Schulen stärken!

- **Welche Möglichkeiten sehen Sie, um Hürden hierfür abzubauen und mehr marginalisierte Menschen und Schüler*innen mit Mobbing- und Gewalterfahrungen an Strukturveränderungen zu beteiligen?**

Das Vermitteln von sozialen Fähigkeiten, Kommunikationstraining, Streitschlichtung und Konfliktbewältigung müssen wieder mehr als unverzichtbarer und fester Bestandteil schulischer Bildung und Erziehung verstanden und organisiert werden. DIE LINKE setzt sich nachdrücklich dafür ein, an allen Schulen multiprofessionelle Teams zu schaffen, in denen neben den Lehrkräften auch in ausreichendem Umfang pädagogische Mitarbeiter*innen, Schulsozialarbeiter*innen, Psycholog*innen und Therapeut*innen zum Einsatz kommen. Nur so kann die Vielfalt der Herausforderungen für die Schüler*innen und die Pädagog*innen im Schulalltag in den stark heterogenen Lerngruppen bewältigt und Mobbing oder der gewaltsamen Austragung von Konflikten begegnet und vorgebeugt werden. DIE LINKE setzt sich für einen dauerhaften und bedarfsgerechten Einsatz dieser professionell ausgebildeten Fachkräfte ein.

- **Welche Maßnahmen planen Sie, um Schule zu einem gerechteren und inklusiveren Lebens- und Lernraum zu entwickeln?**

DIE LINKE will, dass Bildung nicht länger auf Anpassungsleistung und Arbeitsmarktorientierung reduziert wird. Die Verengung auf Schulleistungsvergleiche, Prüfungen und Abschlüsse steht einer Bildung, die auf Selbständigkeit, Mitmenschlichkeit, unabhängiges und kritisches Denken ausgerichtet ist, entgegen. Aus

diesem Grund wollen wir den jahrelangen Umbau der Schulbildung nach ökonomischen Prinzipien stoppen, um Schule zu einem gerechteren und inklusiveren Lebens- und Lernraum entwickeln.

Für uns ist der Anspruch auf eine erfolgreiche Bildung im Regelschulsystem für alle Schüler*innen verbindlich und eine gesellschaftliche Notwendigkeit zur Gewährleistung des sozialen Zusammenhalts. Mittels regionaler Förderzentren wollen wir den Übergang vom bisherigen Förderschulsystem zu einem inklusiven Schulsystem erreichen.

Des Weiteren ist das längere gemeinsame Lernen in der Gemeinschaftsschule für uns sinnvoll, um Erfahrungen im Umgang mit sozialer und kultureller Verschiedenheit bereits in der Schule zu machen. Darüber hinaus wollen wir ein bedarfsgerechtes und qualitativ hochwertiges Ganztagsbetreuungsangebot für Kinder etablieren.

- **Sind Sie bereit, ihre Bildungspolitik darauf auszurichten, dass auf Basis des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes unabhängige Antidiskriminierungsstellen für Schulen etabliert werden und fachlich sowie finanziell in die Stärkung bestehender Empowermentstrukturen von Betroffenen investiert wird?**

Wir wissen, Kinder und Jugendliche benötigen eigene Räume, in denen sie sich abseits von Kosten- und Konsumzwängen treffen und betätigen, kulturelle Vorlieben entwickeln können sowie Unterstützung erfahren. Dabei sind die Partizipation und Mitbestimmung der Kinder und Jugendlichen sowie eine angemessene pädagogische und kulturelle hauptamtliche Begleitung sicherzustellen. Diese Strukturen wollen wir stärken.

5. Mit jungen Freiwilligen Sachsen-Anhalt international sichtbarer machen!

- **Welche Möglichkeit sehen Sie für den Ausbau der internationalen Jugendarbeit in Sachsen-Anhalt?**

Neben einer Erhöhung der Förderung für die Arbeit des deutsch-polnischen und deutsch-französischen Jugendwerkes durch Aufstockung aus landeseigenen Mitteln sehen wir hier vor allem in der Sicherung einer verlässlichen Finanzierung der Jugendverbände einen Beitrag. Eine verbindlichere Planungs- und Finanzierungssicherheit für Jugendverbände, z.B. durch überjährige Zuwendungsbescheide, vereinfachtere Abrechnungsverfahren beispielsweise durch die Verwendung von Budgets und tarifgerechte Leistungsbeschreibungen und Eingruppierungen sollten Bestandteile dieses Prozesses sein. Bestehende Richtlinien und Erlasse zur Förderung der internationalen Jugendbegegnung/Jugendarbeit sollten hinsichtlich von Unsicherheiten und bürokratischen Hürden überprüft werden.

- **Sind Sie persönlich bzw. die Mitglieder Ihrer Fraktion bereit, die Aufnahme eines jungen Menschen aus dem Ausland bzw. die Entsendung eines Jugendlichen aus Sachsen-Anhalt im Rahmen internationaler Freiwilligendienste im Form einer Patenschaft zu unterstützen?**

Ja, DIE LINKE unterstützt Patenschaften zur Förderung der internationalen Jugendarbeit. In welchem Umfang einzelne unserer Mitglieder sich auch persönlich mit solchen Patenschaften engagieren, erfassen wir allein schon aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht.

6. Konkrete friedenspolitische Initiativen unterstützen!

- **Wie stehen Sie zur militärischen Nutzung der Colbitz-Letzlinger Heide?**

DIE LINKE lehnt eine militärische Nutzung der Colbitz-Letzlinger Heide ab.

- **Befürworten Sie eine ausschließlich zivile Forschung und Lehre an den Universitäten und Hochschulen Sachsen-Anhalts verankert in einer Zivilklausel ?**

Ja. Die Regelung des § 3 Abs. 8 Landeshochschulgesetz ist zwar ein erster Schritt; wir wollen aber eine echte Zivilklausel im Landeshochschulgesetz, die Forschung zu militärischen Zwecken in Sachsen-Anhalt unterbindet.

- **Sind Sie bereit, sich auch zu den bundespolitischen Themen Atomwaffenverbot, Ächtung autonomer Waffen und konsequente Restriktion von Rüstungsexporten sowie der Förderung von zivilen Instrumenten der Konfliktbearbeitung in Ihrer Partei zu engagieren?**

Die genannten Positionen und Forderungen sind Kernbestandteile unseres Bundestagswahlprogramms und wir werden uns auch als Landesverband für die Erfüllung dieser Forderungen einsetzen.